



VORTRÄGE IM LEIBNIZSAAL
DER BERLIN-BRANDENBURGISCHEN AKADEMIE
DER WISSENSCHAFTEN
AM 18. JUNI 2022

CHRISTOPHER CLARK

GEDANKEN ÜBER DEN UKRAINE-KRIEG

In den letzten Monaten hat es vor historischen Analogien nur so gewimmelt. Das ist nichts Neues. Im Sommer 2008, nach einem kurzen Krieg zwischen Russland und Georgien um Südossetien, behauptete der russische Botschafter bei der NATO, Dimitrij Rogosin, er erkenne in dem Drama, das sich im Kaukasus entfalte, Parallelen zur Juli-Krise von 1914. Er verglich sogar den georgischen Präsidenten, den er als Aggressor betrachtete, mit Gavrilo Princip. Er meinte damit den jungen bosnischen Serben, der den österreichischen Thronfolger und seine Frau am 28. Juni 1914 erschossen hatte. Nach diesen Morden mischte sich Russland in den Konflikt zwischen Serbien und Österreich-Ungarn ein – und verwandelte so einen regionalen Konflikt in einen Weltkrieg. Was also, fragte Rogosin, wenn es Georgien gelingen würde, die Unterstützung der NATO zu erhalten? Könnte dann das Gleiche noch einmal passieren? Aus diesen dunklen Vorzeichen ist nie Wirklichkeit geworden. Die Krise ebte ab. Allerdings blieben die Russen als Besetzer in Südossetien und schufen dort, wie in Abchasien, Transnistrien, Krim und Donbas einen eingefrorenen Konflikt. Keine Spur von einem redlichen Ansatz zu einer geschichtlich begründeten Prognose. Rogosins schräger Vergleich war nichts mehr als eine Warnung an den Westen, sich aus dem Konflikt herauszu-

halten. Der Geschichtsbezug war jedoch historisch unhaltbar und analytisch leer.

Der Appetit auf den vergleichenden Blick in die Vergangenheit hat keineswegs nachgelassen. Es sind aber nicht vorwiegend die Historiker, die diese Analogien hervorbringen. Unsere Schuld ist es nicht! Es sind vor allem die Politiker und Entscheidungsträger, die nach historischen Analogien suchen. Unter den willkürlichsten historischen Analogien der letzten Wochen war die skurrile Behauptung Boris Johnsons, der verzweifelte Überlebenskampf der Ukrainer ähnele den heldenhaften Kämpfen der Briten beim Brexit. Bundeskanzler Olaf Scholz hat den Vergleich gezogen mit der schlagartigen Eskalation der Julikrise 1914, als Mahnung zu Vorsicht und Zurückhaltung. Und niemand arbeitet erfindungsreicher im Lagerhaus der historischen Beispiele als Vladimir Putin. Er war es, der im Jahre 2014, vor dem Hintergrund der ersten russischen Invasion der Ukraine, den Nicht-Angriffspakt zwischen Hitler und Stalin rehabilitierte.

Diese Analogien entsprechen den sehr unterschiedlichen Stilen und Weltanschauungen der jeweiligen Entscheidungsträger. Gemeinsam ist nur die Tatsache, dass sie alle etwas rechtfertigen sollen, eine Handlung oder das Unterlassen einer Handlung. Insbesondere Putins Rehabilitierung des Hitler-Stalin-Pakts geschah 2014 vor dem Hintergrund des russischen Einmarsches in die Ukraine. Wie Timothy Snyder damals herausgestellt hat, hing sie aufs engste mit anderen Bemühungen der russischen Führung zusammen, die Idee einer Teilung Osteuropas zwischen Russland und dem Westen wieder salonfähig zu machen. Im März 2014 hatte das russische Parlament dem polnischen Außenministerium sogar vorgeschlagen, die zwei Länder sollten vielleicht die Ukraine unter sich aufteilen.

Seitdem sind Herrn Putin allerdings auch andere historische Vergleiche eingefallen. Peter der Große sei sein historisches Modell, sagte er neulich bei einem Treffen mit jungen Naturwissenschaftlern und Unternehmern. Über zwei Jahrzehnte habe Peter mit Schweden einen erbitterten Kampf um Land geführt, und damit das russische Reich neu gegründet. Niemand habe damals sein Recht auf diese Territorialgewinne anerkannt, und dabei waren es keine Erober-

rungen, sondern nur Rückeroberungen. »Uns sei es vielleicht auch zugefallen«, fügte er schmunzelnd hinzu, »zu reklamieren und zu verstärken«. Der Große Vaterländische Krieg gegen Nazideutschland ist auch omnipräsent, und nicht nur in der Behauptung, die heutige Ukraine sei nichts anderes als ein Nest von Neonazis und *banderovtsy*, Bandera-Faschisten, sondern auch in der sonderbaren Formel *Mozhem povtorit* – wir schaffen's wieder. Überhaupt ist der rekursive Gestus dieser Formel symptomatisch für das, was der französische Wissenschaftler François Hartog den »Präsentismus« der Gegenwart genannt hat – er meint damit die Unfähigkeit unserer Zeitgenossen, etwas anderes in der Vergangenheit zu finden als das Spiegelbild von uns selbst.

Es geht bei diesen Analogien nicht nur um vereinzelte handlungslegitimierende Analogien, es geht ja um vor allem im russischen Fall um das ganze Ensemble historischer Angleichungen, durch welche die öffentliche Perzeption der politischen Lage eingerahmt und gelenkt werden soll. Die Oxford-er Wissenschaftlerin Jade McGlynn hat in einer Analyse von sieben russischen Nachrichtenquellen während des Ukraine-Konflikts 2014 3.509 »individual historical framing confluences« identifiziert. Wichtig an diesen historischen Gleichstellungen sei die Tatsache, so Jade McGlynn, dass sie nicht nur einen Schlüssel zur Interpretation der Gegenwart anbieten sollten, sondern Hinweise darauf, wie die heutige Situation sich weiter entwickeln muss. Wenn die Ukrainer Nazis und *banderovtsy* sind, dann kann der heutige Kampf nur mit der vollkommenen Beseitigung des faschistischen Widerstands, ja mit einer Wiederholung des großen Sieges vom Jahre 1945 enden. Daher die Bedeutung der Formel *Mozhem povtorit*. So lädt auch der neuere Selbstvergleich mit Peter dem Großen uns ein, über die Möglichkeit, ja sogar die Notwendigkeit eines längerfristigen Kampfes um die benachbarten Westgebiete nachzudenken, eine Aussicht, die vor allem die baltischen Staaten nachdenklich stimmt. Man soll die Systematik, die hinter diesem Geräuschteppich von historischen Manipulationen steckt, nicht unterschätzen.

Wir sollten uns allerdings als denkende, orientierungssuchende Menschen nicht von den einseitigen Manipulationen der Mächtigen ab-

bringen lassen, selbst über mögliche Analogien nachzudenken. Denn wir können nicht gänzlich auf historische Vergleiche verzichten. »Das Licht der Erfahrung«, sagte Samuel Taylor Coleridge, »ist eine Laterne, die am Heck unseres Bootes aufgehängt ist; sie beleuchtet nur die Wellen hinter uns«. Wir wissen als Individuen, dass uns in der Zukunft unvorhersehbare Ereignisse bevorstehen, die uns vor neue, noch nicht erlebte Herausforderungen stellen werden, möchten aber bei deren Bewältigung trotzdem nicht auf das individuelle Gedächtnis verzichten.

Dazu hätte ich ein paar ganz bescheidene Vorschläge. Der erste wäre: von isomorphen, also von Eins-zu-Eins-Vergleichen nach dem Muster: »Putin gleicht Hitler« oder »2022 gleicht 1914« ein bisschen wegzukommen. Diese Gleichsetzungen sind leicht verständlich und sprechen unsere Emotionen an, führen aber fast immer in eine Sackgasse, weil die Ähnlichkeiten immer nur bedingt und partiell sind. Die heutige Krise ähnelt nicht der vom Sommer 1914. Es gibt heute keine binäre kontinentale Bündnisstruktur der Großmächte. Auch wenn viele Staaten sich weigern, offen gegen Putin Stellung zu nehmen, ist Russland heute geopolitisch weitgehend isoliert. Die ganze Balkan-Problematik der Julikrise findet hier kein Echo. Wichtig ist der Vergleich mit 1914 vor allem als Druckmittel gegen Deutschland, weil hiermit das Trauma der vermeintlichen Kriegsschuld mit hineinspielt. Und das kann auf die Entscheidungsträger lähmend wirken, indem es sie veranlasst, die Gefahren des außenpolitischen Aktivismus zu überschätzen und die Gefahren der Passivität zu unterschätzen.

Wir sollten uns also nicht von bestimmten historischen Episoden in den Bann ziehen lassen. Stattdessen sollten wir eklektisch und zieloffen mit der Vergangenheit umgehen. Wo wir Resonanzen aufdecken, sollten wir sie untersuchen und hinterfragen, ohne gleichzeitig davon auszugehen, dass die Zwangslagen, in denen sie eingebettet sind, sich unbedingt in der Gegenwart wiederholen werden. Gerade Letzteres ist wichtig, denn wenn Putin von *banderovtsy* spricht oder sich mit Peter dem Großen vergleicht, wirbt er um Verständnis für die angebliche Notwendigkeit, die Alternativlosigkeit seines Handelns.

Damit geht mein zweites bescheidenes Plädoyer einher, nämlich dass wir unsere Aufmerksamkeit nicht zu ausschließlich auf das 20. Jahrhundert fokussieren. Die Politiker angeln vor allem im 20. Jahrhundert, weil dort die großen Emotionen zu holen sind und weil die starke moralische Polarisierung es ermöglicht, das Böse schlechthin beim Gegner zu suchen (oder im deutschen Sonderfall, bei sich selbst). Mit dieser Moralkeule arbeitet Putin, wenn er von *banderovtsy* und Nazis spricht.

Aber es könnte sein, dass die Relevanz des 20. Jahrhunderts überhaupt zurzeit nachlässt. Als ich Putins Erklärungen zur angeblichen Nichtexistenz der Ukraine als Staat und als Nation gelesen habe, fühlte ich mich stark an das Sankt Petersburger Manifest erinnert. Das war die Erklärung, in der Zar Nikolaus I. am 31. Juli 1848 seine Absicht kundgab, in die Wallachei einzumarschieren. Dort war im vorigen Monat eine Revolution ausgebrochen, in der der Zar und seine Berater eine Bedrohung für die innere Stabilität des russischen Reiches zu erkennen meinten. Das Manifest vom 31. Juli bestand auf dem Unterschied zwischen »großen Staaten«, mit denen Russland gelegentlich auf Augenhöhe verhandeln oder Verträge vereinbaren möge, und bloßen Territorien, die keine anerkannten Staaten seien, sondern nur Provinzen, kurzfristig von Staatschefs regiert, deren Ernennungen sanktioniert werden müssten. Diese Nicht-Ganz-Staaten verdankten ihre Existenz allein den internationalen Verträgen, durch welche sie ins Leben gerufen worden seien. Auch wenn die wallachischen Insurgenten behaupten würden, sie erhoben sich im Namen einer rumänischen Nationalität, sei das eine Lüge, so Nikolaus I., denn das Rumänentum sei eine vorgetäuschte Nationalität, deren Ursprünge nicht nachweisbar wären. Wenn dieses »rumänische« Experiment gedeihen sollte, warnte der Zar, würden sämtliche der diversen Völker des osmanischen Reichs diesem Beispiel bald folgen. Ich glaube nicht, dass sich irgend jemand außerhalb Russlands von dieser hochgesinnten Sorge um die Integrität vom großen imperialen Konkurrenten am Schwarzen Meer täuschen ließ.

Dennoch sind die Parallelen auffallend. Denn auch Putin hat die Existenz der Ukraine als Staat und als Nation wiederholt geleugnet.

Er scheint die Ukraine als bloßes Territorium zu sehen. Für die Ukrainer ist das natürlich nichts Neues. 1848, als ukrainische Patrioten im östlichen Teil der Provinz Galizien eine beschränkte Autonomie innerhalb des Habsburgerreiches forderten, wurden sie – von den *Polen* damals – mit dem Argument abgewiesen, die Ukrainer seien eigentlich Polen, ihre Nationalität sei erst neulich erfunden und so weiter.

Putin hat zwar in den letzten Wochen die Behauptung, er verfolge eine neo-imperiale Politik, wütend zurückgewiesen. Aber auch davon sollte man sich nicht ablenken lassen. In der Regel wird er gerade dann wütend, wenn man ihm zu nahe tritt. Der Hinweis auf Peter den Großen spricht dafür, dass Putin den Ukraine-Krieg als das neueste Stadium einer schon längst in Bewegung gesetzten Entwicklung sieht. Anfang dieses Monats legte ein Abgeordneter der kremlnahen Partei »Einiges Russland« der Staatsduma einen Gesetzentwurf vor, mit dem eine sowjetische Resolution zur Anerkennung der Unabhängigkeit Litauens aufgehoben werden sollte. Dieser Initiative sollte man nicht allzu viel Bedeutung zumessen – Sottisen dieser Art können auch als Loyalitätsbekundungen gemeint sein, das gehört zum Byzantinismus der Putinschen Staatsführung. Aber wir haben in den letzten Jahren die Bedeutung von solchen Signalen eher unter- als überschätzt.